




Landschaftsverband Westfalen-Lippe  Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Str. 27  48133 Münster
<http://www.lwl.org/ks>  kswl@lwl.org

KS-Newsletter

März 2006

4. Jahrgang / 2-2006

Inhalt

Nachrichten aus der Koordinationsstelle Sucht **1**

Leitfaden zur männerspezifischen Suchtarbeit wird vorgestellt | Büro BINAD wird zum 31. März geschlossen | Zweites Risikokompetenztraining im Projekt SeM | Bitte um Teilnahme an der KS-Newsletter-Umfrage | Elternkreis informiert sich über Recht und Drogen | Neuer Weiterbildungskurs Suchtberatung startet | Umfassender Überblick über Veranstaltungen anderer Anbieter | Drittes Treffen der Kooperations-Einrichtungen in Münster | Zwei KS-Mitarbeiter in Fachausschüssen der DHS vertreten

Nachrichten aus Westfalen-Lippe **6**

LWL will bessere Zusammenarbeit von Jugend- und Suchthilfe | LWL-Klinik bietet spezielle Therapie für Medikamentensucht | „Keine Kurzen für Kurze“ in Borghorst erfolgreich | Sirius hat endgültig Insolvenzantrag gestellt | Anti-Alkohol-Party in Hamm stieß auf wenig Interesse | Münsteraner Geschäfte sollen auf Jugendschutz achten | „Schutzengel“ sollen Unfallzahlen im Emsland reduzieren | WAKS lädt zu Selbsthilfegruppen-Treffen ein | Mit „Stand Up“ Jugendliche wieder integrieren

Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland **10**

Zahl der Drogentoten in NRW stark gestiegen | Suchthilfe-Kürzungen in NRW: immer mehr Details und Kritik | Anti-Rauchen-Kampagne während der WM | Bundesregierung ist noch gegen ein Rauchverbot | Österreich diskutiert über Mindestpreise für Zigaretten | Briten-Parlament beendet das Rauchen im Pub | Hessischer Suchtbericht erfasst erstmals Essstörungen | Brandenburg auf ehrenamtliche Suchthilfe angewiesen | Ist Cannabis doch eine Einstiegsdroge?

Weitere relevante Nachrichten **15**

EU plant besseren Jugendschutz vor Alkohol | Sportliche Jugendliche trinken und rauchen mehr | Weltgesundheitsorganisation stellt keine Raucher mehr ein | Banken dürfen Girokonto weiterhin verweigern | Amsterdam verbietet Kiffen Freiluft-Genuss | Heroin-Entzug als Serie im britischen Fernsehen | Italien hebt Trennung von „harten“ und „weichen“ Drogen auf

Ankündigungen und Publikationen **17**

Tagung in Köln beleuchtet Auswirkungen von Hartz IV | Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft | Tagung diskutiert Ergebnisse der Expertise | DHS-Sucht-Selbsthilfekonferenz stellt Zukunftsfragen | AIDS-Hilfe NRW plant neuen Newsletter | ASTO-Abschlussbericht liegt nun vor | DHS veröffentlicht Materialien zu Suchtproblemen im Alter | Dokumentation zu Tagung „Wirkungsorientierte Steuerung“ | DHS-Sondernewsletter zu den Auswirkungen von Hartz IV | Arbeitshilfe liegt erstmals in gedruckter Form vor | Neues Manual zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden.
Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an.
Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.



Leitfaden zur männerspezifischen Suchtarbeit wird vorgestellt

Münster ▪ Die Koordinationsstelle Sucht stellt am 1. Juni 2006 auf der halbtägigen Fachtagung „Männerspezifische Suchtarbeit in der Praxis“ den „Leitfaden zur männerspezifischen Sucht- und Drogenarbeit - Handlungsempfehlungen für die Praxis“ vor. Die 60-seitige Publikation wurde von Dr. Heino Stöver von der Universität Bremen in Auftrag der KS entwickelt. Gedacht ist sie als Handreichung für Praktikerinnen und Praktiker in ambulanten und stationären Suchthilfeeinrichtungen.

In Anschluss an die Fachtagung wird der Arbeitskreis „Männerspezifische Suchtarbeit“ tagen. Eine gesonderte Einladung zu den beiden Veranstaltungen wird Ihnen zeitgerecht zugestellt.

Informationen über die Fachtagung erhalten Sie auf den Internet-Seiten der Koordinationsstelle Sucht
http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/Veranstaltungen_2006/index_html#Fachtagungen

Nähere Informationen zum Arbeitskreis „Männerspezifische Suchtarbeit“ gibt es unter der Adresse
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Vernetzung/Arbeitskreise/#akmaenner> abgerufen werden

Weitere Auskünfte erteilt Jörg Körner von der Koordinationsstelle Sucht, Tel.: 0251-591-5538
joerg.koerner@lwl.org

Büro BINAD wird zum 31. März geschlossen

Münster ▪ Der Tätigkeitsbericht 2005 des Büros für grenzübergreifende Zusammenarbeit - BINAD liegt jetzt vor. Es ist der Letzte, da BINAD zum 31.03.2006 seine Arbeit beenden muss. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt die Finanzierung ein.

Zehn Jahre lang hat BINAD die deutsch-niederländische und auch belgische Zusammenarbeit auf- und ausgebaut (mit dem Vorläuferprojekt der Rückkehrhilfe sind es fast 19 Jahre). Vielfältige Kontakte über Grenzen hinweg sind entstanden, es bleibt zu hoffen, dass diese auch in Zukunft Bestand haben werden. Wir wünschen uns, dass auch der eine oder andere neue offene Blick über die Grenze, auf die Nachbarn, auf das was und wie sie es tun gewagt wird.

Das Büro BINAD bedankt sich für Ihr Interesse und Engagement mit dem Sie die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg unterstützt haben und wünscht Ihnen viel Erfolg und Freude für die Zukunft.

Fragen beantwortet Mechthild Neuer vom Büro BINAD,
Tel.: 0251 591-3154
mechthild.neuer@lwl.org

Zweites Risikokompetenztraining im Projekt SeM

Münster ▪ Zehn junge spätausgesiedelte Menschen werden vom 22. bis 26. April am zweiten Risikokompetenztraining im Rahmen des Projektes „SeM“ teilnehmen. Die Koordinationsstelle Sucht führt es in Kooperation mit der Stadt Münster durch. Die Jugendlichen aus den Münsteraner Stadtteilen Berg Fidel und Gievenbeck werden sich während der Veranstaltung theoretisch mit der Entwicklung von Abhängigkeiten beschäftigen.

Ein Schwerpunktthema wird Alkohol- und Cannabiskonsum sein. Durch selbstständige Arbeit mit dem Internet, mit Büchern und Filmen sollen die jungen Menschen ihr Wissen über die Wirkung von Alkohol als Genussmittel sowie Cannabis erweitern und die Nachteile eines exzessiven Konsums herausarbeiten. Auch diese mal werden die Teilnehmer/innen unter der Leitung der Trainer im Klettergebiet in den Einheiten Wahrnehmung, Reflexion und Kompetenzbildung arbeiten und die persönliche Risikokompetenz erweitern.

Informiert wurden derweil auch der Gesundheitsausschuss und der Landesjugendhilfeausschuss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) über den Verlauf des Projektes zur Sekundären Suchtprävention bei spätausgesiedelten jungen Menschen in Münster. Dabei wurde deutlich, dass die im Projekt bearbeiteten Themenbereiche auch für andere Städte und Gemeinden in Westfalen-Lippe aktuell sind. Ein ausführlicher Bericht zum Projekt „SeM“ wird in der nächsten Ausgabe der Fachzeitschrift „Jugendhilfe aktuell“ erscheinen.

➤ **Weitere Informationen zum Projekt SeM bei Projektkoordinatorin Ludmilla Dickmann, Tel.: 0251 591-5384, mobil: 0175 2680525, Fax: 0251 591-5484**
ludmilla.dickmann@lwl.org

➤ **Das Projekt Sem finden Sie im Internet unter**
<http://www.projekt-sem.de>

➤ **Die Vorlage zum Bericht über das Projekt SeM für die LWL-Ausschüsse finden Sie unter der Adresse**
http://www.lwl.org/ks-download/downloads/SEM/Vorlage_Sem.pdf

➤ **Einen Bericht über den Besuch von Projekt-Koordinatorin Ludmilla Dickmann im LWL-Landesjugendhilfeausschuss finden Sie in diesem KS-Newsletter**
LWL will bessere Zusammenarbeit von Jugend- und Suchthilfe

Bitte um Teilnahme an der KS-Newsletter-Umfrage

Münster ▪ Mit diesem Newsletter wurde, falls Sie ihn im E-Mail-Abonnement beziehen, zusätzlich zur Newsletter-PDF-Datei eine ausfüllbare Word-Datei mit einem zweiseitigen Umfragebogen verschickt. Wir bitten Sie, an der Umfrage teilzunehmen und uns somit bei der Qualitätssicherung für den KS-Newsletter zu helfen. Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns bereits jetzt.

Elternkreis informiert sich über Recht und Drogen

Münster/Bad Waldliesborn ▪ Das 26. Elternkreistreffen der Koordinationsstelle Sucht in Kooperation mit dem Verein „Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise Drogengefährdeter und Abhängiger Menschen e. V.“ (ARWED) findet vom 12. bis 14. Mai in Bad Waldliesborn statt. Das Treffen steht unter dem Motto „Recht und Drogen“. Auf dem Programm stehen Vorträge zum Drogen- und Strafrecht, zu den jugend- und kinderrechtlichen Aspekten und zur Substitutionspolitik. Ergänzt wird das Programm durch zahlreiche Diskussionsmöglichkeiten für die Eltern. Die Elternkreistreffen sollen Vätern und Müttern abhängiger Kinder die Möglichkeit zum Austausch geben.

➤ **Weitere Informationen zu den Elternkreistreffen erteilt Jörg Körner von der Koordinationsstelle Sucht, Tel.: 0251 591-5538, Fax: 0251 591-5484**
joerg.koerner@lwl.org

Neuer Weiterbildungskurs Suchtberatung startet

Münster ▪ Die Koordinationsstelle Sucht startet im Mai 2006 einen neuen Kurs der Sozialtherapeutischen Weiterbildung zum Suchtberater oder zur Suchtberaterin (LWL). Die 18-monatige, berufsbegleitende Weiterbildung richtet sich an Fachkräfte unterschiedlicher Berufsgruppen, die die beratende und betreuende Arbeit mit suchtkranken Menschen vertiefen und erweitern möchten. Angesprochen werden damit alle Berufsgruppen, die keine therapeutisch-methodische, sondern eine suchtspezifisch-beraterische Weiterbildung benötigen.

Das Qualifikationsangebot besteht aus mehreren Bausteinen. Dazu gehören fünf Fachseminare, zwei Sonderseminare zu den Themen Recht und Medizin, zwei Wahlseminare, Supervision, eine Hospitation, Theoriegruppen und ein Selbststudium. Bewerbungen für den neuen Weiterbildungskurs sind noch möglich.

➤ **Die Ausschreibung mit Angaben zu Terminen, Kursgebühren und Dozententeam kann auf den Internet-Seiten der Koordinationsstelle Sucht als PDF-Dokument heruntergeladen werden.**

http://www.lwl.org/ks-download/downloads/fwb/Ausschreibung_WB27.pdf

➤ **Die Konzeption der Weiterbildung finden Sie unter der Adresse**

http://www.lwl.org/ks-download/downloads/fwb/Konzeption_WBSuchtberater.pdf

➤ **Bewerbungsunterlagen können angefordert werden bei Alexandra Vogelsang, Tel.: 0251 591-3838**

alexandra.vogelsang@lwl.org

Umfassender Überblick über Veranstaltungen anderer Anbieter

Münster ▪ Die Internet-Seite der Koordinationsstelle Sucht informiert umfassend über ihre eigenen Projekte und Veranstaltungen. Ein Blick auf die Homepage lohnt sich aber auch für Informationen zu Terminen anderer Veranstalter und Einrichtungen. Aktuelle Fortbildungen, Fachtagungen und Seminare anderer Anbieter werden von der Koordinationsstelle Sucht in einem übersichtlichen PDF-Dokument zusammengestellt, das nach den Kriterien Datum, Thema und Veranstaltungsort sowie Veranstalter gestaltet ist. Die Datei wird von Veranstaltung zu Veranstaltung immer wieder auf den neuesten Stand gebracht. Sie finden den Link zur Datei, wenn Sie von der Startseite auf „Aktuelle Termine“ klicken und auf der dann erscheinenden Seite nach „Veranstaltungen externer Anbieter“ suchen.

▼ **Verantwortliche Mitarbeiterin für den Terminkalender externer Veranstaltungen ist Elisabeth Rocklage, Tel.: 0251 591-5538**
elisabeth.rocklage@lwl.org

▼ **Laden Sie sich die Übersicht über Veranstaltungen externer Anbieter direkt über den folgenden Link herunter:**
<http://www.lwl.org/ks-download/downloads/fwb/externe%20Veranstaltungen.pdf>

Drittes Treffen der Kooperations-Einrichtungen in Münster

Münster/Aachen ▪ Das nächste Treffen der Suchthilfe und -präventionseinrichtungen, die Kooperationsbeziehungen in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion unterhalten, wird am 27. April in Münster stattfinden. Das wurde auf dem zweiten Treffen am 26. Januar in Aachen beschlossen. Die Treffen sollen dazu dienen, Informationen über die Besonderheiten der Arbeit in Ländern wie der Russischen Föderation, Kasachstan oder Kirgisien auszutauschen und möglicherweise weitere Kooperationsmöglichkeiten anzuknüpfen. Bisher sind an den Zusammenkünften neben der Koordinationsstelle Sucht beteiligt: die nordrhein-westfälische Staatskanzlei, die Drogenhilfe Düsseldorf, der Arbeitskreis Straffälligenhilfe Aachen, die Drogenhilfe Bielefeld, das Diakonische Werk der evangelischen Kirche im Rheinland und die Stadt Düsseldorf.

▼ **Einrichtungen, die ebenfalls an Kooperationen mit dem russischsprachigen Raum interessiert sind, erhalten weitere Informationen beim Leiter der Koordinationsstelle Sucht, Tel.: 0251 591-4710**
wolfgang.rometsch@lwl.org

▼ **oder bei Marion Hölscher, Tel.: 02 51 591-5994**
ma.hoelscher@lwl.org

Zwei KS-Mitarbeiter in Fachausschüssen der DHS vertreten

Münster/Hamm ▪ Mit Wolfgang Rometsch und Doris Sarrazin sind zwei Mitarbeiter der Koordinationsstelle Sucht in Fachausschüssen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) vertreten. Wolfgang Rometsch wurde auf der DHS-Jahreshauptversammlung im Dezember in den Fachausschuss für Grundsatzfragen und den Fachausschuss für Prävention gewählt. Doris Sarrazin wurde in den Fachausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung gewählt. Die Amtszeit für die Ausschussmitglieder beträgt jeweils vier Jahre.

Wiedergewählt wurde auf der Jahreshauptversammlung der DHS-Vorsitzende Prof. Dr. Jobst Böning. Weitere Vorstandsmitglieder sind Renate Walter-Hamann, Dr. Thomas Redecker und Dr. Klaus Behrendt. Als neues DHS-Mitglied wurde der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik „akzept e.V.“ aufgenommen.

Informationen zu den Vorstands- und Ausschuss-Wahlen
erhalten Sie unter der Adresse
http://www.optiserver.de/dhs/dhs_ausschuesse.html

LWL will bessere Zusammenarbeit von Jugend- und Suchthilfe

Münster ▪ Wirksamere Hilfen für sozial benachteiligte Kinder, Integration behinderter Kinder und eine bessere Zusammenarbeit von Jugend- und Suchthilfe – das sind die wesentlichen Ziele der Jugendhilfe in Westfalen-Lippe bis zum Jahr 2009. Der Landesjugendhilfeausschuss beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), ein Gremium in dem neben Kommunalpolitikern aus ganz Westfalen-Lippe alle jugendrelevanten Institutionen wie Jugendhilfe, Justiz, Schule, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung zusammenarbeiten – hat am 30. März diese Leitlinien bis 2009 beschlossen.

Die Ausschussvorsitzende Maria Seifert betonte, dass die Jugendhilfe für alle Menschen erreichbar sein müsse, die ihre Angebote benötigten. Das gelte besonders auch für Familien mit Migrationshintergrund. Alle Institutionen müssten hier zum Wohle der Kinder kooperieren.

Ludmilla Dickmann, Sozialarbeiterin und selber Aussiedlerin, verdeutlichte wie erfolgreiche Arbeit mit suchtgefährdeten jugendlichen Aussiedlern funktionieren kann. „Für uns Aussiedler sind die familiären Zusammenhänge sehr wichtig.“ Im Projekt SeM spreche man sowohl Jugendliche, Schlüsselpersonen als auch Eltern an. „Meine Erfahrung: häufig kommt man mit den Eltern auch über Erziehung ins Gespräch.“ Daher müsse man in dieser Arbeit Menschen einsetzen, die die kulturellen Hintergründe verstehen, so Dickmann.

Quelle: **LWL-Pressforum, 24. Februar 2006,**
<http://www.lwl.org/pressemitteilungen/mitteilung.php?urlID=15756>

LWL-Klinik bietet spezielle Therapie für Medikamentensucht

Benninghausen ▪ Eine eigenständige Entzugsbehandlung für Medikamentenabhängige bietet die Westfälische Klinik für Psychiatrie in Benninghausen an. In einem bundesweit bislang einmaligen Projekt wird dabei mit dem Blauen Kreuz Soest kooperiert. Die Besonderheit des Therapieansatz der Einrichtung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ist es, dass die Erkrankten nicht wie bislang üblich mit Alkoholkranken gemeinsam behandelt würden. Dies sei unter anderem wegen der völlig unterschiedlichen – und längeren – Dauer des körperlichen Entzuges angeraten, erläuterte Dr. Rüdiger Holzbach, Leiter der Abteilung Suchtmedizin, bei der Vorstellung des Projektes. Das Blaue Kreuz wird über eine ein Mal wöchentlich in der Klinik tagende Selbsthilfegruppe für Medikamentenabhängige in das Projekt eingebunden.

Quelle: **Soester Anzeiger, 24. Februar 2006**

„Keine Kurzen für Kurze“ in Steinfurt erfolgreich

Steinfurt ▪ „Keine Kurzen für Kurze“ sollte es beim Karnevalsumzug in Steinfurt geben. Darauf hatten sich die Veranstalter des närrischen Treibens am Rosenmontag, das Ordnungsamt und die Polizei im Vorfeld verständigt. Nach Ansicht der Initiatoren hat sich das Konzept bewährt. Weniger zerschlagene Getränkeflaschen, weniger betrunkene Jugendliche und nur drei kleinere Schlägereien wurden als Indiz dafür herangezogen. Die Polizei hatte während der Karnevalsveranstaltung eine höhere Präsenz als sonst üblich gezeigt.

Quelle: **Westfälische Nachrichten, Steinfurter Nachrichten, 28. Februar 2006**

Sirius hat endgültig Insolvenzantrag gestellt

Altena ▪ Die Altenaer Drogentherapieeinrichtung „Sirius“ hat am 22. Februar einen Insolvenzantrag gestellt. Damit droht die endgültige Schließung der Einrichtung, die bereits seit einigen Monaten in die Schlagzeilen geraten ist. Zuletzt wurden elf Patienten bei Sirius behandelt. 20 Mitarbeiter waren in der 1993 eröffneten Einrichtung beschäftigt.

Die Deutsche Rentenversicherung, die die zuletzt behandelten Patienten nach Altena geschickt hatte, sprach laut einem Pressebericht davon, dass eine weitere Zusammenarbeit mit dem bisherigen Sirius-Leitungsteam nicht mehr möglich sei. Die Therapieeinrichtung wurde von einem gleichnamigen, einem Jahr früher gegründeten Verein getragen. Der Vereins-Vorsitzende wirkte gleichzeitig als Geschäftsführer der Klinik. Der Leitende Arzt gehörte ebenfalls dem Vereins-Vorstand an.

Bereits im vorigen Jahr hatte die damals noch als LVA firmierende Deutsche Rentenversicherung zwischenzeitlich ihre Patienten aus der Klinik abgezogen und die Zusammenarbeit aufgekündigt. Grund war ein „Massenrückfall“ von elf Patienten, bei dem sogar die Polizei einschreiten musste. In Presseberichten berichteten nun arbeitslose Mitarbeiter, dass ein Grund für die Rückfälle in der Klinik in der Finanzmisere zu suchen gewesen sei. Einer der Therapiegrundsätze, die bis dahin gegolten hatten, war absolute Null-Toleranz bei Rückfällen gewesen. Möglicherweise aus wirtschaftlichen Zwängen heraus sei diese Linie später nicht mehr konsequent durchgehalten worden. Zudem herrschte damals Personalnot, weil kurzfristig drei Mitarbeitern gekündigt worden war.

Zwischenzeitlich ist der Sirius-Trägerverein auch aus dem Fachverband Westfälische Einrichtungen Stationärer Drogentherapie (WESD) ausgeschlossen worden. Begründet wurde diese Maßnahme durch die WESD damit, dass die Arbeit der Einrichtung nicht mehr den Qualitätskriterien der WESD genüge und dass es dem Träger an Kooperationsbereitschaft mangle.

◀ **Der KS-Newsletter hat in Ausgabe 8/2005 über die Rückfallserie bei Sirius berichtet**
Rückfallserie bei Sirius krasse Folge von Turbulenzen

Quelle: Lüdenscheider Nachrichten, 1. März 2006
Lüdenscheider Nachrichten, 28. Februar 2006
WESD-News 2/2006, <http://www.wesd.de/NEWS.htm>

Anti-Alkohol-Party in Hamm stieß auf wenig Interesse

Hamm ▪ Nur etwa 100 jugendliche Gäste wollten sich für die alkoholfreie Zelt-Party „Tanzen ist schöner als torkeln“ begeistern, die das Hammer Jugendamt, die Jugend(Sucht)beratung und das Jugendportal „h.o.t.“ Ende Februar auf dem Hammer Santa-Monica-Platz ausgerichtet hatten. Die Feier fand im Rahmen der Karnevals-Kirmes statt. Der Bericht einer örtlichen Zeitung berichtete davon, dass mehr Jugendliche vor dem Zelt tanzten und dabei Alkohol tranken, den sie in einem benachbarten Supermarkt erstanden hatten, als sich junge Menschen im Zelt aufhielten, in dem es nur Alkoholfreies gab. Die Veranstalter planen trotzdem eine Wiederholung beim Hammer Cityfest im Mai. Gedacht ist die Party als Programm gegen Alkoholmissbrauch für bis zu 17-jährige Jugendliche.

Quelle: Westfälischer Anzeiger, 28. Februar 2006

Münsteraner Geschäfte sollen auf Jugendschutz achten

Münster ▪ Besitzerinnen und Besitzer von Tankstellen, Kiosken, Gaststätten und anderen Geschäften in Münster, die Alkohol verkaufen, könnten demnächst Besuch von zwei Mitarbeitern der Drogenhilfe Münster bekommen. Die Beschäftigten des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wollen mit den Kaufleuten dann über die Aktion „Voll ist out“ sprechen. Dabei geht es darum, die Geschäftsbesitzer davon zu überzeugen, keinen Alkohol an unter 16-Jährige zu verkaufen. Ein eigens entwickeltes Logo weist die Läden als Teilnehmer der Aktion aus.

Interessierte, die auch an der Aktion „Voll ist out“ teilnehmen möchten, können sich an das Münstersche Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Tel.: 0251 492-5185, wenden. Auch eine Internet-Seite ist eingerichtet worden.
<http://www.vollistout.de>

Quelle: Pressemitteilung der Stadt Münster, 23. Februar 2006,
<http://www.presse-service.de/static/62/628102.html>

„Schutzengel“ sollen Unfallzahlen im Emsland reduzieren

Meppen ▪ „Schutzengel“ sollen im Emsland künftig dabei helfen, dass es unter Jugendlichen zu weniger schweren Verkehrsunfällen wegen Alkohols kommt. Initiiert wurde das Projekt, das 1997 erstmals in Dänemark erprobt wurde und in Deutschland bereits erfolgreich im Kreis Soltau-Fallingb. läuft, von der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim und der Sportjugend der beiden Landkreise. Schutzengel im Sinne des Projektes sollen Begleiterinnen und Begleiter von Fahrern sein, die ihren positiven Einfluss auf die jungen Menschen dazu nutzen, sie davon zu überzeugen, sich nicht alkoholisiert hinter Steuer zu setzen. Sie erhalten spezielle Ausweise, die sie gemäß einer Vereinbarung mit den Lokalen bis 24 Uhr zu freiem Eintritt in Diskotheken berechtigen. 44 000 junge Männer und Frauen zwischen 16 und 24 Jahren sollen demnächst angeschrieben und für die Schutzengel-Idee begeistert werden. Etwa 27 000 Schutzengel-Ausweise sollen ausgegeben werden.

Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung, 4. März 2006
General-Anzeiger, 11. Februar 2006,
http://www.ga-online.de/index.php?pagelId=7&org_ressort=BLICK&edat=2006-02-11&article=451241&oz_path=

WAKS lädt zu Selbsthilfegruppen-Treffen ein

Dortmund ▪ Die Westfälische Akademie für Suchtfragen (WAKS) lädt Mitglieder von Selbsthilfegruppen für Alkohol- und Medikamentenabhängigen zu einem Treffen am Dienstag, 23. Mai, von 19:30 bis 21 Uhr im Sozialzentrum der Westfälischen Klinik Dortmund ein. Nach einem Vortrag zu Möglichkeiten und Grenzen ambulanter Langzeitbehandlung wird es einen Erfahrungsaustausch geben.

Ansprechpartner für die Veranstaltung ist Privatdozent
Dr. Gerhard Reymann, Tel.: 0231 4503-2777,
Fax: 0231 4503-2783
gerhard.reymann@wkp-lwl.org

Mit „Stand Up“ Jugendliche wieder integrieren

Arnsberg ▪ „Stand Up“ heißt ein Kooperationsprogramm der Stadt Arnsberg und der Kolping Berufliche Bildung GmbH, das Jugendlichen neue Perspektive zur Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt bieten soll. Zwölf Jugendliche werden in dem Programm sozialpädagogisch betreut. Dabei geht es darum, die jungen Menschen zunächst wieder an eine geregelte Tagesstruktur zu gewöhnen, möglicherweise vorhandene Schulden abzutragen und Verantwortungsbewusstsein zu trainieren. Nicht selten sind auch Drogenprobleme ein Thema bei den zu Betreuenden.

Quelle: **Siegerland-Kurier**, 5. Februar 2006,
<http://www.siegerland-kurier.de/xi-490-0-0-28705-0-de.html>

Zahl der Drogentoten in NRW stark gestiegen

Düsseldorf ▪ In Nordrhein-Westfalen sind im vorigen Jahr deutlich mehr Menschen an Drogenmissbrauch gestorben als im Jahr 2004. Die Zahl stieg von 324 auf 350 an. Das entspricht einer Zunahme um acht Prozent. Damit musste das nordrhein-westfälische Innenministerium eine optimistischere vorläufige Prognose vom Dezember korrigieren, wonach für das zu Ende gegangene Jahr ein Rückgang bei der Zahl der Drogentoten erwartet werden könne. Allerdings zeichnete sich damals bereits ab, dass besonders in den nordrhein-westfälischen Großstädten steigende Opferzahlen zu beklagen waren. Haupt-Todesursache war Heroin-Missbrauch, gefolgt von selbst gemixten Drogencocktails.

Die falsche Prognose der Landesregierung wurde auch in Ausgabe 1/2006 des KS-Newsletters verarbeitet.
NRW-weit weniger Drogentote, in Köln Zahlen fast verdoppelt

Quellen: wdr.de, 18. Februar 2006
Ärzte-Zeitung, 22. Februar 2006,
http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/02/22/033a0603.asp?cat=/politik/gesundheitsystem_uns

Suchthilfe-Kürzungen in NRW: immer mehr Details und Kritik

Düsseldorf ▪ Konkretisiert hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Arbeit Gesundheit und Soziales (MAGS) seine Pläne zur Umstrukturierung der Förderrichtlinien für die Sucht- und Drogenberatungsstellen. Bislang war lediglich bekannt, dass die geplanten Kürzungen der Landeszuwendungen ab dem zweiten Quartal die Grundförderung für frauenspezifische Angebote, die Arbeit mit Migranten und die Beratung in Justizvollzugsanstalten betreffen werden, die Grundförderung für die Sucht- und Drogenberatungen zunächst aber unverändert bleiben sollte. Jetzt ist ein entscheidendes Detail zu diesem Punkt bekannt geworden, das derzeit beim nordrhein-westfälischen Ministerium vorbereitet wird. Ab dem 1. April sehen die Richtlinien nun vor, dass eine Grundförderung auch dann geleistet wird, wenn eine Einrichtung nur eine Fachkraft beschäftigt. Dadurch wird den Trägern zwar mehr Spielraum gegeben, ihre Arbeit auszugestalten, andererseits befürchtet ein Arbeitsausschuss des MAGS, dass dadurch die fachlichen Standards der Beratungsarbeit nicht gehalten werden können, weil eine personelle Mindestausstattung nicht mehr die Voraussetzung für die Landesförderung ist. Im Zusammenhang mit dem Gesamtmittelkürzungen könne dies zu Personalabbau führen.

Weiterhin plant das Ministerium offenbar, ab 2007 die Fördersystematik grundlegend umzugestalten. Die bisherige segmentierte, personalbezogene Förderung soll möglicherweise zu einer qualitativ orientierten Systematik umgebaut werden, die sich mehr am Bevölkerungsbezug, an strukturellen Komponenten, Fachstandards und der Kommunalisierung orientieren soll.

Gegen die bereits bekannten Kürzungen formiert sich immer mehr Widerstand. So fordert die „Kampagne zur Abwendung von Kürzungen des Landes NRW bei der Drogenselbsthilfe in NRW und des landesweiten Spritzenautomatenprojekts“ beispielsweise den Erhalt der Förderung für das landesweite Spritzenautomatenprojekt und die Drogen-Selbsthilfe JES (Junkies – Ehemalige – Substituierte).

➤ **Zur Diskussion um die Kürzung der Förderung von Sucht- und Drogenberatungen in Gefängnissen durch externe Kräfte hat der Rechtsausschuss des nordrhein-westfälische Landtages am 25. Januar eine Aussprache geführt. Das Protokoll der Sitzung finden Sie unter der unten aufgeführten URL:**

http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.4/Dokumentenarchiv/dokument.php?PHPSESSID=8f5174637bff072fb4f619d8e5effae2

➤ **Zahlreiche Informationen zur Kampagne zur Abwendung von Kürzungen des Landes NRW bei der Drogenselbsthilfe in NRW und des landesweiten Spritzenautomatenprojekts finden Sie im Internet auf einer eigens eingerichteten Homepage**

<http://www.stopp-kuerzungen.de>

➤ **Die Initiative „Rettet JES“ präsentiert ihre Forderungen auf einer weiteren Internet-Seite**

<http://www.rettet-jes.de.vu>

➤ **Der KS-Newsletter berichtete in Ausgabe 12/2005 bereits ausführlich über die gekürzten Landesförderungen**

Land NRW kürzt Suchthilfe-Förderung um fast ein Viertel

➤ **Über Kritik an den Kürzungsplänen informierte der KS-Newsletter in Ausgabe 1/2006**

Einrichtungen befürchten Einschnitte durch Budgetkürzungen

Quelle: InForum, 24. Februar 2006
dgs-info, Ausgabe 6, März-April 2006,
<http://www.dgsuchtmedizin.de/aktuelles/newsletter/index.html>

Anti-Rauchen-Kampagne während der WM

Berlin ▪ Das Ansinnen von Tabak-Gegnern, während der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland ein Rauchverbot in den Stadien zu erlassen, wie es bereits bei dem Championat vor vier Jahren in Südkorea und Japan praktiziert wurde, ist gescheitert. Nun soll nach Ankündigung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing, wenigstens eine Kampagne gegen das Rauchen in der Zeit des Fußballturnieres durchgeführt werden. In allen Spielstätten wird ein Anti-Rauchen-TV-Spot gezeigt. Durchsagen, Plakate an den Tribünen-Zugängen und ganzseitige Anzeigen in den Stadionheften ergänzen die Kampagne „No Smoking please“. Der Weltfußballverband FIFA wird die Aktion mitfinanzieren.

Quelle: **Netzzeitung, 15. Februar 2006**, <http://www.netzeitung.de/deutschland/382743.html>
Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 16. Februar 2006,
http://www.bmg.bund.de/clin_041/nn_604814/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-16-2-06,param=.html

Bundesregierung ist noch gegen ein Rauchverbot

Berlin ▪ Die drastischen Gesetze in Italien oder Spanien gegen das Rauchen haben auch in Deutschland eine Diskussion um ein Rauchverbot in der Öffentlichkeit aufkommen lassen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, ist allerdings gegen ein generelles Rauchverbot und will erst die noch laufende Selbstverpflichtung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes abwarten, bis 2008 in seinen Mitgliedsbetrieben dafür zu sorgen, dass mindestens 50 Prozent der Gaststättenplätze Nichtraucher-Plätze sein sollen. Ähnlich äußerten sich in der Diskussion auch Vertreter von CDU und FDP, während das Deutsche WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle in Heidelberg davon sprach, dass die Bundesregierung vor allem die Sorge um Tabaksteuerausfälle treibe. Auch die Grünen, Krankenkassen und Ärzteverbände sprachen sich für ein Rauchverbot in öffentlich genutzten Räumen aus.

Derweil hat die EU-Kommission die Bundesregierung angehalten, das EU-weite Tabakwerbeverbot endlich in nationales Recht umzusetzen. Eigentlich hätte dies bereits zum August vorigen Jahres geschehen müssen. Schafft die Bundesregierung nicht innerhalb zweier Monate den entsprechenden gesetzlichen Rahmen, droht ihr eine Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof.

Quellen: **Netzzeitung**, 17. Februar 2006, <http://www.netzeitung.de/deutschland/382971.html>
Focus Online, 17. Februar 2006,
<http://focus.msn.de/hps/fof/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=25063>
Focus Online, 2. Februar 2006,
focus.msn.de/hps/fof/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=24435
Handelsblatt, 2. Februar 2006

Österreich diskutiert über Mindestpreise für Zigaretten

Wien ▪ In Österreich ist eine Diskussion um Mindestpreise für Zigaretten entbrannt. Die Regierungsparteien SPÖ und FPÖ sowie die Grünen hatten Anfang Februar einen entsprechenden Antrag in den Gesundheitsausschuss des Bundesparlamentes eingebracht. Mit den Mindestpreisen soll der Preis von Zigaretten über die Steuern hinaus gesteuert werden können. Die SPÖ bevorzugt hingegen die Steuerung des Preises über Steuereinnahmen, weil sich so eine Zweckbindung der Erlöse realisieren lasse. Die Regierung verweist bei der von ihr vorgeschlagenen Lösung hingegen darauf, dass der Steueranteil auf den Tabakpreis wegen EU-Regelungen gewisse Höchstsätze nicht überschreiten dürfe.

Quelle: **politikportal.at**, 1. Februar 2006,
http://www.ots.at/mpdf.php?schluessel=OTS_20060201_OTS0263

Briten-Parlament beendet das Rauchen im Pub

London ▪ In Großbritannien brechen schlechte Zeiten für Raucherinnen und Raucher an. Am 14. Februar hat das britische Unterhaus ein totales Rauchverbot für alle öffentlich zugänglichen Räume beschlossen. Damit gilt nun für Gaststätten, Behörden, Bahnhöfe und viele weitere Gebäude: No Smoking. Ärzte und Gesundheitsverbände haben das „Maximalverbot“ begrüßt.

Quelle: **Ärzte-Zeitung**, 16. Februar 2006,
<http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2006/02/16/029a1602.asp?cat=/medizin/rauchen>

Hessischer Suchtbericht erfasst erstmals Essstörungen

Wiesbaden ▪ Im dritten hessischen Suchtbericht der Landesregierung werden erstmalig Essstörungen gesondert aufgeführt. 560 Menschen wurden im Jahr 2004 demnach in Einrichtungen innerhalb der Landesgrenzen wegen Magersucht oder Bulimie behandelt. Gut 60 Prozent davon seien jünger als 25 Jahre gewesen. Der Suchtbericht in Hessen wird alle zwei Jahre erstellt.

Breiten Raum im Suchtbericht nimmt auch die Darstellung der Präventionsaktivitäten ein. Besonders wegen der hohen Zahlen von jugendlichen Rauchern und Cannabis-Konsumenten sowie wegen der in den Jahren 2003 und 2004 herrschenden Alcopop-Mode konzentrierten sich die Aktivitäten auf diese Bereiche. Angeführt wird auch, dass in Hessens Schulen seit dem 1. Januar ein Rauchverbot gilt.

Insgesamt führten die Präventionseinrichtungen 3 223 Fortbildungs-, Koordinierungs- und Beratungsmaßnahmen durch. 18 259 Menschen nahmen im Jahr 2004 Beratungen der ambulanten Angebote in Anspruch. Das verhinderte nicht, dass die Zahl der Drogentoten im Jahr 2004 mit 125 höher lag als ein Jahr zuvor, als die Statistik 109 Opfer erfasste.

Der dritte und der zweite hessische Suchtbericht können auf dieser Internet-Seite heruntergeladen werden:
<http://www.sozialministerium.hessen.de/go/id/jo/>

Quelle: Frankfurter Neue Presse, 4. Februar 2006,
<http://www.rhein-main.net/sixcms/detail.php/2758947>
Pressemitteilung des Hessischen Sozialministeriums, 5. Februar 2006,
<http://www.sozialministerium.hessen.de/go/id/bqb/>

Brandenburg auf ehrenamtliche Suchthilfe angewiesen

Potsdam ▪ Brandenburgs Gesundheitsministerin Dagmar Ziegler hat das Engagement von ehrenamtlichen Suchthelfern und die Arbeit der Landesstelle gegen Suchtgefahren im östlichen Bundesland gewürdigt. Das Land sei auf die Tätigkeit der mehr als 130 Selbsthilfegruppen Brandenburgs angewiesen, so Ziegler auf der Sucht-Selbsthilfetagung in Potsdam.

Die Ministerin stellte auf der Konferenz die sechste Auflage des „Wegweiser Suchthilfe“ vor. Die Broschüre enthält Adressen Hilfsangebote, Organisationen und Einrichtungen, die sich in Brandenburg um Suchtkranke kümmern. Die Regierungsvertreterin verwies außerdem darauf, dass das Land pro Jahr mehr als eine Million Euro für Suchthilfe und Suchtprävention zur Verfügung stelle.

Informationen zum Wegweiser Suchthilfe gibt es auf einer Internet-Seite des Brandenburger Gesundheitsministeriums. Dort kann die Publikation auch heruntergeladen werden.
http://www.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=lbm1.c.332430.de&_siteid=10

Quelle: RBB Online, 1. März 2006,
http://www.rbb-online.de/_nachrichten/politik/beitrag_jsp/key=news3850742.html

Ist Cannabis doch eine Einstiegsdroge?

Amsterdam ▪ Cannabis könnte doch Einstiegsdroge für eine spätere Abhängigkeit von „härteren“ Drogen sein. Das glauben Wissenschaftler der Universität Amsterdam aus der Sonderauswertung einer noch laufenden internationalen Zwillingsstudie herauslesen zu können. Sie fanden unter den Teilnehmenden 218 Zwillingspaare, die sie darauf untersuchten, welche der Geschwister vor dem 18. Lebensjahr Cannabis konsumiert hatten und welche nicht. Dabei stellte sich heraus, dass von den Geschwistern, die als Jugendliche gekifft hatten, 6,4 Prozent später regelmäßig Ecstasy nahmen. 5,1 Prozent dieser Geschwister griffen später sogar zu harten Drogen. Die Cannabis-freien Geschwister griffen hingegen auch später nicht zu härteren Drogen.

Ein ausführlicher Überblicks-Artikel zum Cannabis-Konsum Jugendlicher ist am 5. Februar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

<http://www.faz.net/s/Rub8E1390D3396F422B869A49268EE3F15C/Doc~E1644DFA17D554EDD9B65B08AA3B9DDBC~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Quelle: **Ärzte-Zeitung, 1. Februar 2006,**
<http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2006/02/01/018a0405.asp?cat=/news>

EU plant besseren Jugendschutz vor Alkohol

Brüssel ▪ Jugendliche sollen nach Plänen der EU-Kommission künftig besser vor Alkoholmissbrauch geschützt werden. In Brüssel hat laut einem Spiegel-Bericht ein Treffen von Vertretern von Gesundheitsorganisationen und der Getränkeindustrie stattgefunden. Dabei wurde diskutiert, künftig kein Bier mehr an Jugendliche zu verkaufen. Widerstand ernteten hingegen Pläne der Kommission, auch auf Alkoholflaschen Warnhinweise anzubringen, wie sie bei Zigarettenpackungen bereits vorgeschrieben sind. Rolf Hüllinghorst, Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, forderte als Teilnehmer des Treffens eine deutliche Preiserhöhung für Alkohol. Dabei bezog er sich auf die erfolgreiche Eindämmung der Alcopop-Mode in Deutschland durch eine Sondersteuer.

Quelle: Die Welt, 6. März 2006, <http://www.welt.de/data/2006/03/06/855762.html>

Sportliche Jugendliche trinken und rauchen mehr

Lausanne ▪ Sport muss nicht unbedingt Mord sein, kann aber zu übermäßigem Alkohol- oder Zigarettenkonsum führen. Das ergab eine Sonderauswertung der Schülerstudie HBSC durch die Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA). Dabei kam heraus, dass Jugendliche, die intensiv Sport treiben, ein 34 Prozent höheres Trunkenheits-Risiko haben als ihre Altersgenossen, die sich wenig bewegen. Die Wahrscheinlichkeit, täglich zu rauchen, war bei intensiv Sport treibenden Jugendlichen um 24 Prozent höher.

Bereits andere Studien hatten Zusammenhänge zwischen Vereinssport und erhöhtem Alkoholkonsum hergestellt. Ausdauer- und Einzelsportarten wiederum sollten demnach mit geringerem Alkoholkonsum einher gehen. Andere Untersuchungen wiederum kamen zu dem Ergebnis, dass sportliche Jugendliche generell weniger Alkohol trinken als eher unспортliche Jungen und Mädchen.

Quelle: Standpunkte, Nr. 6/2005

Weltgesundheitsorganisation stellt keine Raucher mehr ein

Genf ▪ Seit dem 1. Dezember 2005 stellt die Weltgesundheitsorganisation WHO keine Raucherinnen und Raucher mehr ein. Nach Auskunft der Organisation mit Sitz in Genf steht die Maßnahme in Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Nikotinsucht. Es geht dabei nicht nur um ein Rauchverbot am Arbeitsplatz, sondern darum, ob eine Bewerber überhaupt raucht. In diesem Fall hätte er keine Chance auf Einstellung bei der UNO-Behörde. Bereits bei der WHO Beschäftigte sind hingegen nicht von Kündigungen wegen ihres Lasters bedroht.

Quelle: Standpunkte, Nr. 6/2005

Banken dürfen Girokonto weiterhin verweigern

Bremen ▪ Rechtmäßig ist es nach einer Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Bremen vom 22. Dezember, wenn sich Banken weigern, ein Girokonto für einen Kunden zu eröffnen. Das Gericht hatte über Fälle zu entscheiden, in denen sich Banken gegen die Einrichtung von Girokonten auf Guthabenbasis sperrten, obwohl der Zentrale Kreditausschuss 1995 in einer Selbstverpflichtungserklärung zugesichert hatte, jedem die Eröffnung eines solchen Kontos zu ermöglichen. Eine Selbstverpflichtung sei aber rechtlich nicht bindend, so der Tenor des Urteils.

Quelle: Neue Caritas 4/2006, S. 8

Amsterdam verbietet Kiffen Freiluft-Genuss

Amsterdam ▪ Während andere Länder sich Gedanken um Rauchverbote in der Öffentlichkeit machen und sich dabei auf Nikotin-haltige Zigaretten beziehen, hat Amsterdam das Rauchen von Joints in freier Luft untersagt. Das gilt zumindest für den Stadtteil um den Platz Mercatorplein herum. Es wurden eigens Schilder aufgestellt, die ein Bußgeld von bis zu 50 Euro für den Fall androhen, dass sich jemand eine „Tüte“ in freier Natur anzündet.

Quelle: Rheinische Post, 2. Februar 2006,
<http://www.rp-online.de/public/article/nachrichten/journal/soziales/ausland/174508>

Heroin-Entzug als Serie im britischen Fernsehen

London ▪ Britische Fernseh-Zuschauer können sich bald einen Heroin-Entzug mehr oder weniger live im TV ansehen. Der private Sender „Channel Four“ plant eine Reality-Soap-Serie, die drei Heroinabhängige während ihres Entzugs in einer Spezialklinik beobachtet. Täglich sind zwei Folgen der Serie geplant, die den beziehungsreichen Titel „Going Cold Turkey“ trägt.

Quelle: newsroom.at, 20. Februar 2006, from
<http://www.newsroom.at/news/display/index.cfm?id=328575&back=5>

Italien hebt Trennung von „harten“ und „weichen“ Drogen auf

Rom ▪ Nach einem restriktiven Gesetz gegen das Rauchen hat Italien nun auch sein Betäubungsmittelgesetz verschärft. Mehrheitlich stimmten beide Parlamentskammern dafür, im Gesetz die Trennung zwischen „weichen“ und „harten“ Drogen aufzuheben und Haftstrafen auch für den Handel und Besitz kleiner Mengen Rauschgift anzudrohen.

Quelle: Frankfurter Neue Presse, 9. Februar 2006,
http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=2767345

Tagung in Köln beleuchtet Auswirkungen von Hartz IV

Köln ▪ Sind die Angebote des Sozialreform-Paketes „Hartz IV“ eine Chance für suchtkranke Menschen, besser in Arbeit zu kommen? Oder bergen sie ein weiteres Risiko, dass diese Menschen noch mehr vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden? Diesen Fragen geht die Fachtagung „Integration suchtkranker Menschen in Arbeit nach Hartz IV“ nach, die die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Rheinland gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege am Dienstag, 4. April, im Horion-Haus in Köln durchführt.

Informationen zu der Tagung finden sich auf der folgenden Internet-Seite, von der auch die Tagungsankündigung und der Anmeldebogen heruntergeladen werden können.

<http://www.lvr.de/FachDez/Gesundheit/wirueberuns/Amt+fuer+Planung/sucht/kosu-veranstaltungen.htm>

Anmeldungen sind bis zum 24. März unter Angabe der Tagungsnummer „29601“ zu richten an Annette Müller
annette.mueller@paritaet-nrw.org

Die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe plant für den 18. Oktober 2006 eine weitere Fortbildung zum Thema „Hartz IV“. Nähere Informationen dazu werden auf folgender Internet-Seite veröffentlicht

http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Veranstaltungen/Veranstaltungen_2006

Beachten Sie zu diesem Thema auch folgenden Artikel in diesem KS-Newsletter:

DHS-Sondernewsletter zu den Auswirkungen von Hartz IV

Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft

Wien ▪ „Gesundheitsförderung in Haft“ ist das Thema der zweiten Europäischen Konferenz zur Gesundheitsförderung, die am 6 und 7. April 2006 im Europahaus in Wien ausgerichtet wird. Es geht um Strategien, wie Gesundheitsgefährdungen für Häftlinge verringert werden können. In Haftanstalten gibt es überdurchschnittlich viele AIDS-Erkrankungen. Auch treten dort Alkohol- und Drogenabhängigkeiten und psychische Störungen häufiger auf. Die Tagung wird organisiert durch verschiedene Institutionen, darunter das österreichische Bundesjustizministerium, das Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD), die Deutsche AIDS-Hilfe und akzept e.V.

Nähere Informationen bei Dr. Caren Weilandt und Doris Theissen vom WIAD, Ubiestraße 78, 53173 Bonn,
Tel.: 0228 8104-172, Fax: 8104-1736
gesundinhaft@wiad.de

Der Tagungsprospekt kann von den Internet-Seiten des WIAD als PDF-Dokument heruntergeladen werden

<http://www.wiad.de/aktuelles/geshaft/Flyer%202006.pdf>

Tagung diskutiert Ergebnisse der Expertise

Bad Nenndorf ▪ Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) führt eine Tagung durch, auf der die Ergebnisse der Expertise „Aktuelle Standards der betrieblichen Suchtprävention“ vorgestellt und diskutiert werden. Die Veranstaltung findet am 27. und 28. März in Bad Nenndorf statt. Das Tagungsprogramm bezieht sich auf eine Expertise, die Dr. Elisabeth Wienemann im November 2005 im Auftrag der DHS und finanziert durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vorgelegt hat.

▼ **Tagungsprogramm, Veranstaltungsankündigung und Anmeldeformulare finden Sie als PDF-Dokumente im Internet.**

<http://www.optiserver.de/dhs/veranstaltungen/index.html>

▼ **Die Expertise „Aktuelle Standards der betrieblichen Suchtprävention“ können Sie sich auch als PDF-Dokument aus dem Internet herunterladen.**

<http://www.dhs-intern.de/pdf/Suchtexpertise2005.pdf>

DHS-Sucht-Selbsthilfekonferenz stellt Zukunftsfragen

Bonn ▪ Um die Zukunft der Sucht-Selbsthilfe geht es bei der nächsten Sucht-Selbsthilfekonferenz, zu der die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) für den 28. bis 30. April nach Bonn einlädt. Alle zwei Jahre richtet die DHS diese Konferenz aus. Sie richtet sich an Mitarbeiter von Sucht- und Selbsthilfegruppen für Alkohol-, Drogen- und Spielsucht.

▼ **Das Tagungsprogramm können Sie direkt aus dem Internet als PDF-Dokument herunterladen.**

http://www.dhs-intern.de/pdf/Programm_Selbsthilfekonferenz.pdf

Quelle: DHS-Newsletter 4/2006, http://www.dhs.de/newsletter_0406b.html

AIDS-Hilfe NRW plant neuen Newsletter

Köln ▪ Die AIDS-Hilfe NRW plant die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Newsletters. Auf Ihrer Internet-Seite kündigt sie die erste Ausgabe des elektronischen Infobriefes für Februar an. Bislang ist die Erstlingsnummer aber noch nicht erschienen. Die Internet-Seite der nordrhein-westfälischen Hilfeorganisation für HIV-Erkrankungen listet unter der Rubrik „Termine“ darüber hinaus zahlreiche aktuelle Veranstaltungen auf, von denen sich einige auch mit den Schnittpunkten zwischen AIDS und Drogen beschäftigen.

▼ **Die Internet-Seite der AIDS-Hilfe NRW hat folgende Adresse**

<http://www.nrw.aidshilfe.de>

ASTO-Abschlussbericht liegt nun vor

Berlin ▪ Der Abschlussbericht über den Verlauf der ASTO-Projekte der Ärztekammer Westfalen-Lippe liegt nun vor. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, hat ihn am 3. Februar der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie hat den Titel „Evaluation der Implementierung von Qualitätsmanagement in der ambulanten Substitutionstherapie Opiatabhängiger- Eine empirische Studie zu den Wirkungen der ASTO-Projekte der Ärztekammer Westfalen-Lippe“.

In zwei Phasen waren in dem von 2000 bis 2005 laufenden Projekt zunächst zentrale Ziele der Qualitätssicherung für Einrichtungen entwickelt worden, die Substitutionsbehandlungen durchführen. In der zweiten Phase ging es dann darum, die Konzepte zu implementieren und die Auswirkungen zu untersuchen. Im Ergebnis kommt der Bericht zu dem Schluss, dass in den substituierenden Einrichtungen ein Prozess der Organisationsentwicklung und der Professionalisierung stattgefunden habe. Sowohl Struktur- und Prozessqualität hätten sich erhöht.

Die Drogenbeauftragte bewertete die Studie als Beleg dafür, dass der kontinuierliche Rückgang der Zahl der Drogentoten auch auf die Ausweitung von Methadon-Programmen zurückzuführen sei. Substitution sei ein unverzichtbarer Bestandteil der Behandlung Drogenkranker.

📄 Sie können die Studie von den Internet-Seiten des Bundesgesundheitsministeriums als 2,34 Megabyte großes PDF-Dokument herunterladen.
http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_603380/SharedDocs/Publikationen/Forschungsberichte/f-343,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/f-343.pdf

Quelle: **Ärzte-Zeitung, 6. Februar 2006,**
<http://www.aerzte-zeitung.de/docs/2006/02/06/021a0602.asp?cat=/medizin/sucht>
Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums. 3. Februar 2006,
http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_604814/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-3-2-06,param=.html

DHS veröffentlicht Materialien zu Suchtproblemen im Alter

Hamm ▪ Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) stellt ihre Arbeit dieses Jahr unter das Schwerpunkt-Motto „Unabhängig im Alter – Suchtprobleme sind lösbar“. Dazu hat die DHS verschiedene Veröffentlichungen vorbereitet. Mit der Barmer-Ersatzkasse und dem Kuratorium Deutsche Altershilfe wurden drei Faltblätter zu den Themen Alkohol, Medikamente und Tabak herausgegeben. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurde die Broschüre „Substanzbezogene Probleme im Alter“ publiziert.

📄 Alle Publikationen zum DHS-Schwerpunkt-Thema „Unabhängig im Alter“ sind auf der eigens eingerichteten Internet-Seite unter dem Menüpunkt „Materialien“ erhältlich.
<http://www.unabhaengig-im-alter.de>

Dokumentation zu Tagung „Wirkungsorientierte Steuerung“

Hamburg ▪ Um wirkungsorientierte Steuerung in der Suchtkrankenhilfe ging es bei einer Tagung der Hamburger Landesstelle für Suchtfragen im Dezember 2005. Nun ist die Dokumentation der Veranstaltung erschienen und kann aus dem Internet heruntergeladen werden. Inhalt der Tagung war, dass ein Modell vorgestellt werden sollte, mit dem die Wirkung von Suchthilfe-Aktivitäten erfasst werden kann. Die Ergebnisse dessen sollten dann als Maßstab für die Weiterentwicklung der öffentlichen Förderpolitik dienen. Diese Praxis ist für Hamburger Suchthilfeeinrichtungen durch einen Senatsbeschluss bereits wirksam.

➤ **Weitere Informationen zu der Tagung finden Sie im Internet unter der Adresse**

<http://www.suchthh.de/tagungen/steuerung.htm>

➤ **Die Dokumentation der Tagung können Sie sich als PDF-Dokument herunterladen.**

<http://www.suchthh.de/dokumente/Workshop%20Dokumentation%204.pdf>

DHS-Sondernewsletter zu den Auswirkungen von Hartz IV

Hamm/Hannover ▪ Zu den Auswirkungen der Sozialreformen „Hartz IV“ auf die Sucht- und Drogenhilfe haben die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), der Fachverband Drogen und Rauschmittel (fdr) sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband einen Sondernewsletter unter dem Dach des DHS-Newsletters veröffentlicht. In ausführlichen Beiträgen werden darin die Folgen der Reformen für den stationären und den ambulanten Bereich untersucht.

➤ **Sie finden den Sondernewsletter unter der Internet-Adresse**

http://www.optiserver.de/dhs/veroeffentlichungen_hartz4.html

➤ **Sie können sich die Inhalte auch komplett in Form einer PDF-Datei herunterladen.**

<http://www.dhs-intern.de/pdf/sondernewsletter.pdf>

Arbeitshilfe liegt erstmals in gedruckter Form vor

Hamm ▪ Die „Arbeitshilfe für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen“ der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) liegt über eine PDF-Version hinaus nun auch als gedruckte Broschüre vor. Die überarbeitete Version des 140-seitigen Ratgebers kann deshalb erstmals auch in gedruckter Form bestellt werden.

➤ **Sie können die Arbeitshilfe für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen gegen Zusendung von 70 Euro-Cent plus Versandkosten bestellen bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation**

info@bar-frankfurt.de

➤ **Im Internet finden Sie die Broschüre auf den Internet-Seiten der DHS.**

http://www.dhs-intern.de/pdf/AH_Abhaengigkeitserkrankungen.pdf

Neues Manual zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe

Geestacht ▪ Die Suchthilfe muss sich immer öfter mit einer Klientel auseinandersetzen, die nicht in Deutschland geboren ist. Daraus erwachsen ganz neue Anforderungen, denn bislang etablierte Methoden müssen angesichts der anderen Lebensumstände der Klienten überdacht werden. Bereits seit Ende der 1990er Jahre haben der Arbeiterwohlfahrt-Bundesverband und der Fachverband Drogen und Rauschmittel (fdr) in einer Seminarreihe für die interkulturelle Öffnung der Suchthilfe und die stärkere Kooperation zwischen Migrationsdiensten und Suchthilfe plädiert.

Wesentliche Erkenntnisse aus dieser Fortbildungsreihe liegen nun in gedruckter Form vor. Im Neuland-Verlag ist das Buch „Sucht, Migration, Hilfe. Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe und zur Kooperation von Migrationsdiensten und Suchthilfe. Ein Manual“ erschienen. Ziel der Handlungsempfehlungen ist die Sensibilisierung für das Thema sowie die Qualitäts- und Kompetenzentwicklung in Prävention, Beratung und Therapie zu fördern, die interkulturelle Öffnung anzuregen, die Versorgungssituation für Migranten zu verbessern und Kooperation und Vernetzung zu initiieren.

Informationen zu der Veröffentlichung des Neuland-Verlages finden Sie auf folgender Internet-Seite:
<http://www.neuland.com/katalog/index.php?s=10>

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Fachverband Drogen und Rauschmittel e.V. (Hrsg.): **Sucht, Migration, Hilfe. Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe und zur Kooperation von Migrationsdiensten und Suchthilfe. Ein Manual.** 1. Auflage 2006, Geesthacht. 174 Seiten, 29,90 Euro

Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Dezernat 50
Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Wolfgang Rometsch
Warendorfer Str. 27
48133 Münster
Tel.: 0251 591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Hartmuth Elsner (verantwortlich)
Anschrift wie oben
Ulrich Klose
Jörg Körner

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.